



Ist die Strukturreform notwendig?

Am 7. und 8. März tagte der Gewerkschaftsbeirat, das zweithöchste Gremium der Gewerkschaft der Polizei, in Stuttgart-Vaihingen. Hauptthema war die anstehende Polizeireform, zu deren Umsetzung die GdP ihre Vorstellungen, Forderungen und Erwartungen frühzeitig einbringen will.

Nach emotionalen und kontrovers geführten Diskussionen, die von totaler Ablehnung bis zur uneingeschränkten Unterstützung reichte, hielt am Mittwochnachmittag der Zentralstellenleiter des Innenministeriums, Thomas Berger, ein zweistündiges Referat zum Thema Polizeistrukturreform.

Schon nach wenigen Sätzen war klar: da spricht einer von uns. Die eigenen Erfahrungen im Streifen-, Bezirks- und Postendienst aber auch in Führungs- und Stabsarbeit zogen sich wie ein roter Faden durch den Vortrag.

Warum eine Polizeireform – jetzt und mit diesem Ausmaß?

Der Vortrag führte zunächst zurück zum Regierungswechsel und zum bösen Erwachen, als der neue Innenminister von der desolaten Finanzsituation der Polizei erfuhr – 300 Mill. € Investitionsrückstau im Technikbereich (in den nächsten fünf Jahren zu finanzieren), 170 Mill. € Unterfinanzierung im Projekt Digitalfunk (Bedarf ab 2012!), strukturelle Unterfinanzierung des Polizeihaushaltes und strukturelle personelle Unterbesetzung der Polizeidienststellen, insbesondere im ländlichen Raum, und das bei gleichzeitiger gesetzlicher Verpflichtung den Haushalt zu sanieren und bis 2020 eine Nullverschuldung zu erreichen.

Dazu sind im Koalitionsvertrag, den die GdP im Bereich Innere Sicherheit maßgeblich mitgestaltet hat, strukturelle Verbesserungen, wie die Einführung der zweigeteilten Laufbahn (Mehrkosten im „Endausbau“ rund 80 Mill. €/jährlich), Einführung der/des Polizeifachangestellte/n, Verbesserung für die Verwaltung, etc., vereinbart.

Schlicht – es ging um die Quadratur des Kreises.



Schnell war klar, dass dies nicht alleine durch zusätzliche Haushaltsmittel finanzierbar war – zudem fehlen bei der Polizei zurzeit rund 1000 Menschen, er sagte bewusst „Menschen“, denn Stellen nützen der Polizei nichts – Stellen fahren keine Streife, Stellen führen keine Ermittlungen, Stellen helfen der Polizei nur bedingt – es sind die Menschen, die wichtig sind.

Sehr plastisch unterstrich er die These, die Polizei habe kein Stellen- sondern künftig ein Personalproblem mit dem Beispiel einer Feuerwehr.

Wenn diese zum Löschen eines Feuers zwei Löschzüge benötigt, nutze es überhaupt nichts, einen Löschzug zur Verfügung zu haben, der drei Stunden länger löschen könne. So sei es bei der Polizei auch.

In der Vergangenheit hat man zu sehr auf das „Schutzmannsyndrom“ gebaut – das heißt, wir machen alles möglich. Dies wird so aber nicht mehr möglich sein. Es könne nicht sein, dass allein die Motivation der Beamten/-innen eine Organisation am Laufen halte. Vielmehr müsse zunächst die Organisation die Aufgabenerfüllung ermöglichen.

In den nächsten Jahren geht fast die Hälfte der Polizei in Pension. Dem stehen die jährlich 800 Neueinstellungen (bis 2013) gegenüber, die nun von der grün-roten Landesregierung auf 1200 (für 2012) erhöht wurden. Neben den Strukturveränderungen sei klar, dass ein weiterer personeller Aderlass nur durch die Fortschreibung hoher Einstellungszahlen zu erreichen sei. Die zusätzlich er-

forderlichen 1000 Stellen würden wiederum rund 80 Mill. € im Jahr kosten, jedoch ohne Garantie, dass die Stellen überhaupt besetzt werden können.

Da zudem lautstarke Forderungen nach Veränderung in der Polizei aus der Polizei hinzugekommen sind, war völlig klar, dass man an Veränderungen nicht vorbeikomme.

Weder er, noch der Innenminister (Anmerkung: auch nicht die GdP) haben diese Veränderungen in dieser Intensität heraufbeschworen – sie ist aber aufgrund der Fakten und um Handlungsspielräume in der Zukunft zu erschließen unumgänglich.

Große Umbrüche in der Kriminalitätsbekämpfung und im Verkehrsaufkommen stehen bevor – die jetzige Struktur orientiert sich an politischen Grenzen (Kreis, Land etc.) – Täter und Straßenverkehr tun das nicht.

Die Organisationsveränderungen hätten bereits vor 17 Jahren beginnen müssen (Verweis auf die Organisationsuntersuchung von Mummert & Partner), dann hätte man sie behutsam durchführen können. Sie scheiterte jedoch bekanntlich an politischen Vorgaben – man habe die Veränderungen nicht sehen wollen und im politischen Raum den demografischen Wandel schlicht verschlafen. Die notwendigen Maßnahmen waren längst bekannt und ausreichend beschrieben (auch von der GdP).

Heute muss tatsächlich rasch reagiert werden – denn es ist bereits 5 vor 12.

Um den Personalbedarf in der Zukunft zu decken, werde es bald nötig werden, dass erhebliche Anteile der Schulabgänger, vor allem in den Ballungsräumen, sich bei der Polizei bewerben. Dies ist jedoch alles andere als realitätsnah. Die Polizei wird deshalb ab 2020 mit weniger Personal auskommen müssen, nicht weil nicht ausreichend Stellen vorhanden wären, sondern weil es wahrscheinlich sei, dass aufgrund des Wandels in der Gesellschaft schlicht nicht genug Einstellungen getätigt werden können. Zumal die Polizei zunehmend in Konkurrenz mit Unternehmen der „Freien Wirtschaft“ und anderen attraktiven Arbeit-

Fortsetzung auf Seite 2



Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse redaktion@gdp-bw.de zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal, oder in der GdP digit@1 veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden.

In dringenden Fällen erreicht Ihr uns auch unter der **GdP-Mobile-Nr.** 0 15 25/4 11 10 58.

Der Redaktionsschluss für die **Mai-Ausgabe 2012** des Landesjournals Baden-Württemberg ist **Mittwoch, der 4. April 2012**, und für die **Juni-Ausgabe 2012** **Freitag, der 4. Mai 2012**.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden.

Zur einfacheren Bearbeitung bitten wir um Übersendung von unformatierten Texten ohne Fotos, diese bitte separat zusenden.

**Wolfgang Kircher und
Thomas Mohr**

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-bw.de
Internet: www.gdp-bw.de

Service GmbH BW:

Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-service.com

Redaktion:

Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)
Schwalbenweg 23
71139 Ehningen
privat: (0 70 34) 76 83
GdP-Phone: (0 15 25) 4 11 10 58
E-Mail: redaktion@gdp-bw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381

Fortsetzung von Seite 1

gebern steht. Bis dahin müssen aber die Strukturen in der Polizei an diese Realität angepasst sein.

Fazit: der Handlungsbedarf ist mehr als eindeutig und dringend!

Nun liegt das Ergebnis der Projektgruppe vor, in das viele Anregungen aus der Polizei, davon alleine 210 Mails an die Projektgruppe, eingearbeitet wurden. Nun gilt es die Vorschläge zügig umzusetzen.

Das Ziel der Reform sei ausschließlich an den Bedürfnissen der Bürger orientiert. Durch die Umstrukturierung sollen mindestens 650 Stellen im Vollzug und 240 im Nichtvollzug freigesetzt werden, die auch sukzessive dort ankommen, wo sie zukünftig gebraucht werden. Aus den genannten Gründen ging der zeitliche Fahrplan einfach nicht anders. Zwar verstehe er die Ungeduld und massive Kritik, aber es gäbe keinen größeren zeitlichen Spielraum mehr. Trotz allem seien die Raumschaften und die Präsidien immer noch nicht bekannt. Die Entscheidung hänge vor allem auch von den vorhandenen Liegenschaften ab. Zwar sei auch vom Finanzministerium die Notwendigkeit einer An-



Das Plenum v. I. n. r. Thomas Berger IM BW, Lothar Adolf, Rüdiger Seidenspinner und Wolfgang Kircher (GLV)

schubfinanzierung in erheblichem Umfang erkannt, aber Geld darüber hinaus werde es nicht geben.

Dafür habe man die Zusage vom Ministerpräsidenten und vom Finanzminister, dass die Einsparungen auch in der Polizei bleiben und für strukturelle Verbesserungen, zum Beispiel Einstieg in die Zweigeteilte Laufbahn, verwendet werden sollen. Thomas Berger betonte wie-

derholt, dass es sich um eine Polizeifachreform – aus der Polizei für die Polizei – und keine politische Reform handle. Politischer Einfluss soll so weit wie möglich außen vor bleiben, denn wir wollen selbstbewusste Präsidenten. Bisher haben Landräte und Oberbürgermeister die Polizei als „die ihre“ angesehen. Dies



Der Zentralstellenleiter Thomas Berger erklärt die Notwendigkeit der Reform vor dem Gewerkschaftsbeirat.

drückt zwar ein hohes Maß an Verbundenheit aus, trifft aber die Realität nicht. Es ist die Polizei des Landes Baden-Württemberg, die zukünftigen Polizeipräsidenten betreuen später eben drei bis fünf Landkreise.

Schließlich ging Thomas Berger noch auf ein paar Details ein.

Er verstehe die Bedenken und Vorwürfe des ländlichen Raumes, der Kriminalpolizei und aller Bereiche, die zukünftig zusammengelegt werden sollen. Er sagt aber ganz deutlich: Realismus ist gefragt – Betroffenheit ausnützen und Ängste schüren nütze niemanden. Es werde vor Ort keinen Präsenzverlust allerdings u. U. einen Stellenverlust geben, insbesondere auf Leitungsebene.

Weiter ging er auch darauf ein, dass nun eine Zeit folgen werde, in der sich die Polizei auch mit sich selber beschäftigen müsse, um die angestrebten Ziele zu erreichen. Dies sei alles nicht wünschenswert und binde Kräfte der Polizei, sei aber unabdingbar, um die heranstehenden Herausforderungen zu meistern. Dies klar zu benennen gehöre auch zur notwendigen Ehrlichkeit.

Auch nehme man die Bedenken der Kriminalpolizei sehr ernst, die einen erneuten Ansehensverlust wie schon nach der ReOrg befürchte. Dort hat man schon jetzt Nachwuchsprobleme, da der Kriminaldienst nicht mehr attraktiv für junge Kollegen/-innen sei und man könne mit dem derzeitigen Personalkörper schon jetzt kaum ausreichend Bereitschaftsdienst leisten.

Um dem entgegenzuwirken, sehe die Reform u. a. eine neue hochqualifizierte



POLIZEISTRUKTURREFORM

Ausbildung mit wissenschaftlichem Anspruch für die Kriminalpolizei vor.

Bis zur Umsetzung der Strukturreform sollen freierwerbende Funktionsstellen nur kommissarisch besetzt werden. Zusammen mit den durch Pensionierungen freiwerdenden Stellen soll für das geplante Interessenbekundungsverfahren ein Stellenpool gebildet werden. Es ist nicht daran gedacht, sämtliche Stellen innerhalb der Polizei auszuschreiben oder neu zu besetzen. Die Lösung dieser Problematik sei eine der größten Herausforderungen in der Umsetzung der Reform.

Zuletzt betonte Thomas Berger, dass man die Strukturreform zukunftsorientiert „aus dem Blickwinkel derer, die uns nachfolgen, sehen müsse.“

Die Polizei muss leistungsfähig und attraktiv bleiben, und das über diese Legislaturperiode hinaus.

Im Anschluss an sein Referat folgte eine über drei Stunden dauernde Diskussion. Die Zusammenfassung der Fragen und Antworten ist ebenfalls in dieser Ausgabe veröffentlicht. Der erste Tag der Beiratssitzung endete mit einem lang anhaltenden Applaus für Thomas Berger, der erkennbar offen und ehrlich alle Fragen beantwortet hat (wenn auch nicht immer zu aller Zufriedenheit).

Mit diesem Wissen und den „Aufträgen“ aus dem unmittelbaren Kollegen-

kreis ging es dann am nächsten Tag in die Arbeitsgruppen, in denen Haltung und weitere Vorgehensweise der GdP bezüglich der nun anstehenden Umsetzung der Strukturreform festgelegt wurden. Die Ergebnisse werden demnächst veröffentlicht.

Jedoch so viel vorab, der Gewerkschaftsbeirat hat sich mit überwältigender Mehrheit (eine Gegenstimme, fünf Enthaltungen) für eine weiterhin konstruktiv kritische Begleitung der Strukturreform ausgesprochen. Nach dem Vortrag von Thomas Berger und seiner Begründung konnte auch niemand mehr ernsthaft gegen dringend erforderliche Veränderungen sein.

Allerdings liegt die Betonung dabei auf kritisch, weil wir als Gewerkschaft einen Auftrag – eine Aufgabe – haben, denn wir wollen für unsere Mitglieder und alle Kolleginnen und Kollegen das Beste herausholen. Eine Zustimmung ohne Gegenleistung hat

es und wird es nicht geben. Dies ist schon von Anfang an GdP-Linie.

Landesvorsitzender Rüdiger Seidenspinner macht für die GdP Baden-Württemberg unmissverständlich deutlich, dass eine konstruktive Begleitung der Strukturreform unabdingbar mit der Einführung der Zweigeteilten Laufbahn und Verbesserungen für unsere Tarifbeschäftigten und Verwaltungsbeamte verbun-



Aufmerksame Zuhörer, der GdP-Beirat, bestehend aus den Kreisgruppenvorsitzenden, dem Landesvorstand und Landeskontrollausschuss.

den ist. Für die GdP, so der Landesvorsitzende, steht dies sozialverträglich an oberster Stelle. Die Polizeireform wird nur mit und nicht gegen den/die Beschäftigten ein Erfolg werden. WKi

„Fragen und Antworten“ des Gewerkschaftsbeirats

Nach dem Vortrag gab es „Feuer frei“ für Fragen der Anwesenden – und dieses Angebot wurde ausführlich genutzt. Alle Fragen und Antworten hier niederzuschreiben, würde den Rahmen sprengen – aber es wurde sehr schnell deutlich, dass weite Kreise der Polizei und auch der GdP der Reform nach wie vor kritisch gegenüberstehen. Trotzdem gab es auch durchaus positives Feedback für den offenen Vortrag. Der Einfachheit und besseren Übersicht halber sind in der Folge nun Fragen und Antworten gegenübergestellt.

Einwand: Trotz sinkendem Personalbestand sind immer mehr Aufgaben zu bewältigen.

Antwort: Genau dies spreche nur noch mehr für eine zeitnahe Reform.

Häufigste Frage: Zuschnitt der zukünftigen Raumschaften und Standortfrage sowie der Wunsch nach einer raschen Lösung, denn daraus resultiere vor allem die derzeitige allgemeine Verunsicherung.

Antwort: Es werde zwar keine Immobilitätsgarantie geben, aber es werden auch sicherlich keine „Heerscharen auf Wanderschaft gehen“. Wörtlich: wir brauchen mehrere Jahre, denn die Polizei muss langsam in die neue Struktur „hineinwachsen“. Bis dahin seien Überhänge möglich und geduldet. Die Entscheidungen hierzu müssen die Verantwortlichen vor Ort auf Basis der regionalen Bedingungen treffen.

Frage nach dem (zeitlichen) Fahrplan zur Umsetzung?

Antwort: Bekanntgabe der Raumschaften, Präsidiumssitze und „Teilprojektleiter“ bis Ostern, ins Kabinett im Mai, danach Schaffung der rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen bis Ende des Jahres. Ab 2013 Einstieg in die praktische Umsetzung.

Frage: Wie sollen die Personalvertretungen beteiligt werden und welche – insbesondere bei den neu gebildeten landesweiten Präsidien?

Antwort: Wir stehen vor einer völlig neuen Situation. Die Einbindung von Personalräten ist gewollt, aber auf Grund der geltenden Gesetzeslage sehr schwer. Die Rechtslage werde von der „Projektgruppe Recht“ geprüft. Die müsse gemeinsam mit den Gewerkschaften und Personalvertretungen eine Lösung erarbeiten. Geplant ist eine Beteiligung über das LPVG hinaus.

Auf jeden Fall müssen die Teilprojektleiter alle im Amt befindlichem ÖPRs mit einbinden.

Das IM legt großen Wert auf die Einhaltung aller Beteiligungsrechte. Die ersten Teilprojekte müssen einen Fahrplan erarbeiten. Die Alternative dazu wäre, die Polizeistruktur per Gesetzesbeschluss auf den Weg zu bringen, damit wären sämtliche Beteiligungsrechte per se vom Tisch – aber das wolle niemand.

Frage: Bei den ländlichen Revieren wird eine Arbeitsverdichtung aufgrund

Fortsetzung auf Seite 4



POLIZEISTRUKTURREFORM

Fortsetzung von Seite 3

der Entfernung zur nächsten K-Dienststelle gesehen.

Antwort: An jedem jetzigen Kripo-Standort wird auch zukünftig Kriminalpolizei sein – und zwar lage- und aufgabenorientiert. Der zukünftige Präsidiums-sitz muss nicht automatisch der Sitz der Kriminalpolizeidirektion sein. Die Kripo ist dort, wo die Kriminalität ist – aber eine Kripo „Erster und Zweiter Klasse“ werde es nicht geben. Probleme wie Zuständigkeiten, Schnittstellen, Aufgabenabgrenzungen zwischen KDD, Kommissariat und Inspektion müssen vor Ort gelöst werden. Das ist Führungsaufgabe und kann nicht strukturell gelöst werden.

Daran schloss sich erwartungsgemäß die Frage nach der Auflösung der KASTen und Wegfall der bewerteten Stellen an.

Antwort: Schließungen sind vorgesehen (schon jetzt entsprechen die wenigsten den geltenden rechtlichen Vorschriften zur Einrichtung von KASTen), Zusammenlegungen sind denkbar. Die meisten Kollegen/-innen machen ihre Arbeit weiterhin – aber vielleicht woanders bzw. von woanders.

Frage nach Aufgabenkritik, Funktionsbeschreibung und Stellenbewertung?

Antwort: Aufgabenkritik ist unabdingbar, Funktionsbeschreibung realisierbar, auch eine Stellenbewertung wäre durchaus sinnvoll, werde jedoch von der Polizeiführung nach wie vor kritisch gesehen.

Frage nach den Eckpunkten und den disponiblen Vorschlägen/Vorgaben im Projektgruppenbericht.

Antwort: Eckpunkte sind die zwölf reg. Präsidien, mit dem im Eckpunktepapier vorgezeichneten dreigliedrigen Aufbau. Darüber hinaus wird alles was vernünftig begründet wird auch einer gewissenhaften Prüfung unterzogen. Die weiteren Details werden von den jeweiligen Teilprojektverantwortlichen abhängig sein und sich an regionalen Bedürfnissen orientieren. Hier sei der Spielraum für die zukünftigen Präsidien zu sehen – allerdings führe jede Zentralisierung erfahrungsgemäß zu längeren Fahrstrecken und -zeiten.

Frage: Gibt es einen Ausgleich für mögliche finanzielle Mehraufwendungen, z. B. längere Fahrstrecken.

Antwort: Nach derzeitigem Recht ist über eine mögliche Umzugs- und Trennungsgütung hinaus kein Ausgleich möglich.

Frage: Immer wieder wurde auf die negativen Erfahrungen im Zuge der bayerischen Polizeireform abgehoben. Dort sei die Basis geschwächt worden und hätten

Aufgaben dazubekommen.

Antwort: Die Polizeireform in Bayern ist mit der unsrigen nicht vergleichbar.

Würde Baden-Württemberg eine bayrische Größe von über 3000 Mitarbeitern/-innen pro Präsidium anstreben, hätte Baden-Württemberg max. sechs Polizeipräsidien. In Bayern wurden u. a. auch Sonderermittlungsgruppen für Schwerpunktermittlungen/-kontrollen aus den Polizeirevieren heraus gebildet, also diese personell geschwächt – das sei so in BW nicht geplant.

Frage: Was versteht man im IM unter untere Sozialverträglichkeit?

Antwort: Sozialverträglich heißt abgestufte Zumutbarkeit – und zwar von unten nach oben. Man kann einer einfachen Angestellten nicht dasselbe zumuten wie Beamten in entsprechenden Funktionen. Hier werden alle Fälle geprüft und einzeln



Alle Antworten und Details wurden festgehalten.

entschieden. Ich kann jedoch keine Garantien geben. Aber selbst bei der ReOrg gab es landesweit nur wenige Härtefälle.

Frage: 2013 steht die nächste Regelbeurteilung an?

Antwort: Hier gibt es noch keine abschließende Meinung, es gebe gute Argumente dafür, zunächst an eine Aussetzung der Regelbeurteilung zu denken. Aus struktureller Sicht könne man warten, was jedoch u. U. bei den anstehenden Beförderungen, die man in jedem Fall vollziehen wolle, problematisch werden könne. Es ist auch eine Frage der Dauer der Übergangsphase. Falls diese zu lang werden sollte, ist Warten keine Option und hätte zudem negative Auswirkungen auf das Interessenbekundungsverfahren. Eine abschließende Entscheidung ist noch nicht getroffen, da dieses Thema sehr schwierig ist.

Frage: Wann kommen Leute an der Basis an?

Antwort: Das kommt drauf an. Soll es schnellgehen, muss mit der Brechstange gearbeitet werden, also wenig soziale Abfederungen.

Es gilt: je älter der Personalkörper einer Dienststelle, desto schneller – da ist unser

schlechter Altersaufbau ausnahmsweise einmal von „Vorteil“. Es gilt hier einen vernünftigen Ausgleich zu schaffen.

Frage: Die Bereitschaftspolizei steht vor ihrem größten Umbruch – wie will man diese Probleme lösen?

Antwort: Die Standortfrage ist noch nicht endgültig geklärt. Personelle Veränderungen sollen durch ein Interessenbekundungsverfahren erfolgen – es wird auf jeden Fall keine zentrale Steuerung und keine zentralen Vorgaben geben. Der/die Einzelne hat drei Möglichkeiten (das gilt aber für alle Veränderungen):

1. sie/er folgt ihrer/seiner Aufgabe
2. sie/er verändert sich am Standort
3. sie/er wechselt ggf. im Übersoll in den Einzeldienst (Der Überhang regelt sich durch Altersabgänge)

Frage: Warum ausgerechnet der Standort der Akad in Wertheim in Frage gestellt wird?

Antwort: Hier wird vor allem die Randlage als Argument ins Feld geführt. Dieses Argument muss aber ehrlicherweise für alle Standorte gelten. Freiburg liegt aus der Standortbetrachtung heraus auch nicht „optimal“.

Frage: Problem der lebensälteren Kollegen in A 9?

Antwort: Hier sind keine Zusagen möglich – Lösungen sind insbesondere im Zusammenhang mit der Einführung der Zweigeteilten Laufbahn möglich?

Frage: Nach Stand und Planung der zweigeteilten Laufbahn?

Antwort: Grundsätzlich hängt die Umsetzung von der erwirtschafteten Rendite ab. Der Einstieg muss aber bereits vorher kommen.

Grundsätzlich dreiteiliger Aufstieg über Studium, Lehrgang oder Überführung.

Wir wollen nicht nur „Schulterklappen tauschen“, wir wollen Perspektiven eröffnen. Es wird mit Stellenhebungen beginnen, wobei die Umsetzung am Anfang kostengünstig/neutral erfolgen kann, Dann aber ist eine Erhöhung um drei bis vier Prozentpunkte im Jahr geplant – im entsprechenden Umfang steigen auch die Kosten bis rund 80 Mill. € jährlich. Nach bisherigen Schätzungen dauert die Umsetzung bis zu zwei Legislaturperioden. Stellenhebungen sind der Einstieg zur Durchschlüsselung – diese muss aber in jedem Haushalt finanziert werden.

Der politische Wille zur zweigeteilten Laufbahn steht im Koalitionsvertrag und damit außer Frage.



POLIZEISTRUKTURREFORM

Gewerkschaftsbeirat berät Eckpunktepapier zur Polizeistrukturereform

Die GdP in Baden-Württemberg hatte den Gewerkschaftsbeirat, also das zweithöchste Satzungsorgan, einberufen und Gedanken, Anregungen und Forderungen zur Polizeistrukturarbeit erarbeitet.

Der Gewerkschaftsbeirat hat sich mit überwältigender Mehrheit (eine Gegenstimme, fünf Enthaltungen) für eine wei-

Strukturereform unabdingbar mit der Einführung der Zweigeteilten Laufbahn und Verbesserungen für unsere Tarifbeschäftigten und Verwaltungsbeamte verbunden. Die sozialverträgliche Reform und die Beteiligung der Personalräte stehen an oberster Stelle. Die Polizeireform wird nur mit und nicht gegen die Beschäftigten ein Erfolg werden.

Der GdP-Beirat hat in Arbeitsgruppen Forderungen, Anregungen und Hinweise erarbeitet, die nach Auffassung der GdP in die Entwicklung der jeweiligen Präsidiumsstrukturen einfließen müssen. Über die Ergebnisse der Arbeitsgruppen werden wir berichten.

Diesen Weg hat die Gewerkschaft der Polizei bereits frühzeitig eingeschlagen und ist ihm seither auch konsequent gegangen. Wir, die GdP, hat diese vor uns liegende Um-

satzungsreformen hinter sich gebracht bzw. über sich ergehen lassen müssen. Der jetzige Organisationsaufbau hat sich bewährt und sollte grundsätzlich beibehalten werden.

Dies bedeutet allerdings nicht, dass einzelne Strukturen und die Aufgabenverteilung nicht untersucht werden dürfen. Dies aber nur unter dem Aspekt der Verbesserung von Organisation und/oder Abläufen – auf keinen Fall aus fiskalischen Gründen ...“.

Nun hat die Politik eine andere Entscheidung gefällt. Zu dieser Entscheidung und mit der Einberufung der Expertengruppe hat die GdP folgende Positionen eingenommen:

(Auszug aus der Rede des Landesvorsitzenden anlässlich des Delegiertentages im November 2011)

„Wir sind offen für eine Polizeistrukturereform, denn sie könnte der Schlüssel sein, die Polizei nach vorne zu bringen.“

Aber es gibt eine Bedingung für unsere Offenheit ... und diese Bedingung ist, die Zusage, dass alles was eingespart wird ausschließlich für die Polizei verwendet wird.

Ohne eine solche Zusage von der Regierung werden wir uns sicher nicht die Mühe machen, die Vorschläge auch nur anzuschauen.“

Diese Grundeinstellung haben wir in fünf Punkten festgelegt und diese beim Neujahrsempfang 2012 klar artikuliert:

Fortsetzung auf Seite 6



Rüdiger Seidenspinner überreicht der Landesfrauenvorsitzenden Nicole Minge eine Blume zum Internationalen Frauentag.

terhin konstruktiv kritische Begleitung der Strukturreform ausgesprochen.

Allerdings liegt die Betonung dabei auf kritisch, weil wir als Gewerkschaft einen Auftrag – eine Aufgabe – haben, denn wir wollen für unsere Mitglieder und alle Kolleginnen und Kollegen das Beste herausholen.

Deshalb stemmen wir uns nicht gegen die Reform: Wir wollen sie im Sinne unserer Kolleginnen und Kollegen gestalten, denn das neue Bild der Polizei wird uns jahrzehntelang begleiten:

Unabdingbare Forderung der Gewerkschaft der Polizei ist, unabhängig von der Entwicklung der Struktur, die Einführung der Zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei in Baden-Württemberg sowie eine Höherbewertung im Tarifbereich und die Einführung der Polizeifachangestellten.

Die Personalvertretungen sind an den Strukturveränderungen von Anfang an zu beteiligen. Sofern die notwendigen gesetzlichen Regelungen für eine Beteiligung fehlen, müssen gesetzliche Ausnahmeregelungen geschaffen werden. Für die GdP ist die konstruktive Begleitung



Viele Fragen und Wortmeldungen, hier Thomas Maier, Mitglied im GdP-Landesvorstand.

organisation so nicht gefordert und schon gar nicht initiiert.

Bereits im GdP-Strategiepapier, vom Juli 2011, steht Folgendes.

„Die Polizei des Landes hat schon zahlreiche Untersuchungen und Organi-

Anzeige

Werden Sie Mitglied beim

»Deutsches Rotes Kreuz«

Durch eine Teilnahme an einem »Erste Hilfe Kurs« können Sie gerade bei Autounfällen durch schnelle Hilfe vor Ort Menschenleben retten!

Spenden Sie Blut - um anderen zu helfen - damit Ihnen auch geholfen werden kann! Gerade diese Blutspenden haben schon vielen verunglückten Autofahrern geholfen.

Dieser Eindruck wurde ermöglicht durch

Labor Dr. Gärtner

Elisabethenstraße 11, 88212 Ravensburg, Tel. 0751 / 5 02-0



POLIZEISTRUKTURREFORM

Fortsetzung von Seite 5

„Für die Gewerkschaft der Polizei standen die Eckpfeiler schon seit langem fest

- Nur sinnvolle Veränderungen
- Optimierung der Personalressourcen
- Sozialverträgliche Umsetzung
- Personelle Stärkung der Basis
- Bündelung von Kompetenz
- Und Bindung der „Gewinnabschöpfung“

Im Februar 2012 vereinbarte sich der Geschäftsführende Landesvorstand der GdP auf folgende gemeinsame Eckpunkte:

1. Die anstehende Strukturreform wird als Chance gesehen und kritisch konstruktiv begleitet.
2. Wir werden nur sinnvolle Veränderungen unterstützen. Wir müssen davon überzeugt sein oder werden. Das sind wir bisher nicht von allem.
3. Wir akzeptieren nur eine sozialverträgliche Umsetzung. Deshalb fordern wir hierzu eine Dienstvereinbarung für alle Beschäftigten.
4. Wir unterstützen die Forderung nach personeller Stärkung der Basis, die mittel- und langfristig und vor allem anhaltend sein muss.
5. Wir fordern die Bindung der Einsparungen an die Polizei.



In einer der Arbeitsgruppen

6. Jede Veränderung beginnt im Kopf – das heißt, sie muss gelebt werden.
7. Wir führen eine sachliche Diskussion ohne Polemik und schüren keine Ängste oder Befürchtungen.

Ein Kommentar von Wolfgang Kircher

Eigentlich hätten es zumindest die aufmerksamen Leser der Koalitionsvereinbarungen der Grünen und der SPD wissen müssen, dass sich in der Polizeistruktur etwas verändern könnte.

Nun ist das Teilergebnis der Strukturreform bekannt, dass die Polizei in Baden-Württemberg in zwölf Polizeipräsidien und in drei Präsidien für Technik, Ausbildung und Einsatz organisiert werden soll.

Noch nicht bekannt war, zumindest bei Redaktionsschluss, wie diese elf (denn das PP Stuttgart wird wohl so bleiben) Präsidien aussehen sollen.

Und obwohl das Ergebnis von sogenannten Experten aus der Polizei erarbeitet wurde, melden sich andere Experten, die nicht in der Arbeitsgruppe waren, und stellen das Ergebnis in Frage.

Ängste, weil man zukünftig ja nicht mehr Vorgesetzter einer Kreisbehörde sein wird, werden transportiert und an die Beschäftigten weitergegeben, so dass diese, sicher nicht in den höheren Besoldungsgruppen, teilweise Angst um ihren Arbeitsplatz haben.

Landräte und Kreistage, denen ihre Polizei als Ansprechpartner auf Kreisenebene genommen wird, lehnen die Reform ab, schlagen dann aber vor, dass sie für den Sitz des zukünftigen Präsidiums geradezu die besten Voraussetzungen hätten.

Und die Opposition hat die vielen Reformen in den letzten Jahren, die ausschließlich aus Einspargründen gemacht wurden und die zur katastrophalen Situation der Polizei geführt haben, natürlich längst vergessen und ist dagegen. Die in der Geschichte einzigartige Koalition der



PD-Leiter mit den Gewerkschaften hat zwar dazu geführt, dass die Polizeidirektionen eigenständig blieben, dafür wurde der, kurz zuvor noch bundesweit gelobte Wirtschaftskontrolldienst zerschlagen und die Autobahnpolizeidirektionen aufgelöst (deren Leiter sich ja nicht gewehrt haben, weil sie keinem Landratsamt zugeordnet werden sollten).

Und bei der Polizeipostenreform, die ja nur zur Präsenzverbesserung in der Fläche beitragen sollte, wurden zwar Polizeiposten geschlossen, aber angeblich keine Polizei aus der Fläche abgezogen. Mittlerweile haben die geschaffenen größeren und zusammengelegten Polizeiposten teilweise noch weniger Personal als vor der Reform.

Wo waren damals die Presseverlautbarungen derer, die sich heute so selbstver-

ständig in der Presselandschaft zu Wort melden?

Oder andersherum gefragt. Hat dies tatsächlich was mit der politischen Einstellung oder sogar Zugehörigkeit zu einer Partei zu tun? Diese Frage darf zumindest erlaubt sein, zumal die Mitglieder der Arbeitsgruppe in eine politische Ecke gedrängt werden, in die sie mit Sicherheit nicht gehören.

Schön wäre es, wenn der Regierungswechsel jetzt tatsächlich zu einer freien Meinungsäußerung innerhalb der Polizei geführt hat. Schade ist es, dass die Kritiker bei den bereits weiter oben genannten Reformen überhaupt nicht oder nur wenn es um ihre eigene Existenz ging, zu hören waren. Im Umkehrschluss darf da ja dann unterstellt werden, dass sie mit diesen Reformen (also LPDern in die Regierungspräsidien, Abschaffung des WKD und Polizeipostenreform) einverstanden waren.

Bleibt abzuwarten, wie sich dies weiterentwickelt. Die Gewerkschaft der Polizei hat auf jeden Fall versucht, ihre Meinung über die Reform zu bilden und zu transportieren. So hat sich Anfang März das zweithöchste Gremium der Gewerkschaft der Polizei mit der Struktur beschäftigt.

Ohne das Ergebnis jetzt hier zu kommentieren, haben wir auf jeden Fall demokratisch die Argumente dafür und dagegen abgewogen. Denn das zeichnet uns aus. Wir nehmen die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen ernst und versuchen ihnen zu helfen. Unsere Aufgabe ist es nicht, Ängste zu schüren und zu verunsichern. **WKi**



Auftaktveranstaltung

Vom 2. 2. bis 3. 2. 2012 fand die Auftaktveranstaltung des GdP-Mentoring-Projekt in Berlin-Pichelsee statt. Dieses Projekt wird von der Soziologin Margaretha Müller im Auftrag der GdP-Bundesfrauengruppe geleitet.

Während der 18-monatigen Projektphase sollen Informationen und Erfahrungen der Mentoren/-innen an die Mentees weitergegeben werden. Ziel ist es, die Mentees für die zukünftige Arbeit in der GdP zu stärken und fit zu machen für entsprechende „Führungspositionen“.

- Geschützte Beziehung zwischen „Erfahrener“ und „Nachwuchs“ (Führungs-)Kraft
 - Dient dazu, „Insider“-Wissen zu vermitteln und die Mentee mit ihren Potenzialen, Fähigkeiten und Leistungen sichtbar(er) und bekannt zu machen
 - Findet innerhalb einer definierten Struktur auf der Grundlage einer gegenseitigen Vertrauensbasis statt
- Margaretha Müller stellte dann in einem Referat die Wichtigkeit von Work-Life-Balance (Ausgleich zwischen Beruf



V. l. n. r.: Lothar Adolf, Annette Geiger, Dagmar Hölzl und Sabine Bernauer

An diesem Projekt nehmen unter anderem meine Mentorin Dagmar Hölzl (LKA Stuttgart und Bundesfrauenvorsitzende) und ich (LPD Freiburg) als ein Tandem-Team teil. Die Mentee Annette Geiger (PD Ludwigsburg) und ihr Mentor Lothar Adolf (PD Biberach und GLV-Mitglied) bildeten das zweite Duo aus Baden-Württemberg.

Zum Auftakt der Veranstaltung wurden die 24 Teilnehmer (13 Mentees und elf Mentoren/-innen) vom GdP-Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut begrüßt.

Darauf folgte eine Vorstellungsrunde, bei der sich alle Projektteilnehmer persönlich, mit Funktion bei der Polizei und der GdP, vorstellten. Wichtig war in dieser Phase auch, die Erwartungen an das Projekt und die/den Tandempartner zu klären. Nach einer kurzen Vorstellung unserer Referentin Margaretha Müller stiegen wir dann inhaltlich in die Veranstaltung ein.

Die erste große Frage war: Was ist das Mentoring?

Es wurden dazu dann verschiedene Definitionen und Erklärungen gesammelt:

und Familie / Privatleben und Ehrenamt) dar, das durch eine Diskussionsrunde ergangt wurde. Dabei prallten manche konträre Vorstellungen aufeinander.

Im Anschluss fassen die Mentoren sowie die Mentees in zwei getrennten Gruppen ihre Erwartungen an die Projektpartner und an das Projekt zusammen und präsentierte die erarbeiteten Punkte. Am zweiten Tag diskutierten Mentees und Mentoren die gemeinsame Mentoring-Vereinbarung, bei der die Ziele und Erwartungen definiert und Möglichkeiten zur Informations- und Erfahrungswertung vereinbart wurden. Diese Vereinbarung wurde von beiden Mentoring-Partnern unterschrieben und soll in den nächsten Monaten mit Leben erfüllt werden.

In der Abschlussrunde wurde nochmals ein Resümee aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer gezogen und natürlich das obligatorische Gruppenbild gefertigt.

Die Tandems nehmen jetzt die Arbeit auf und es ist zu hoffen, dass bis zum Zwischenworkshop im November schon erste Fortschritte für die Mentees erkennbar sind.

Sabine Bernauer, KG LPD Freiburg

Seminarprogramm für 2012

Der GdP-Landesbezirk führt 2012 nachfolgende Seminare und Bildungsmaßnahmen durch. Alle unsere Seminare finden an der Außenstelle der Akademie der Polizei statt.

16. – 18. April: GdP-Frauenseminar unter dem Titel „Sicher auftreten, gekonnt kommunizieren, Konflikte reduzieren“. Veranstalter die Landesfrauengruppe.

23. – 24. April: GdP-Schulung für Vertrauensleute in den Kreisgruppen. Das Seminar musste leider abgesagt werden.

17. – 19. Sept.: GdP-Tarifseminar für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

10. – 12. Okt.: GdP-Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“. Für alle die schon im Ruhestand sind oder demnächst kommen, Veranstalter die Seniorengruppe, die Mitnahme der Ehepartner oder Lebensgefährten ist möglich.

In Planung sind zwei eintägige Schulungen für die Seniorenvertreter in den Kreisgruppen in den Regierungsbezirken Tübingen im ersten Halbjahr 2012 und Stuttgart im zweiten Halbjahr 2012. Veranstalter ist die Seniorengruppe. Außerdem werden nach Bekanntwerden weiterer Ergebnisse zur Polizeistrukturreform voraussichtlich im zweiten Halbjahr weitere Veranstaltungen für Personalräte folgen.

Außer für die Seniorenveranstaltungen kann für alle Seminare Sonderurlaub nach der AZUVO beantragt werden. Die Seminarkosten werden von der GdP übernommen.

Anmeldungen sind ab sofort über die GdP-Geschäftsstelle bei Andrea Stotz, Tel. 0 70 42/87 90, oder andrea.stotz@gdp-bw.de möglich.

Dort erhaltet ihr auch weitere Infos.

Weitere Seminare werden von der GdP Bund und der Jungen Gruppe Bund durchgeführt. Informationen darüber findet ihr im Internet oder in der Deutschen Polizei.

WKi



Treffen mit dem UAG Innenpolitik/ Polizei der Grünen und dem Polizeibeirat der SPD

Während der letzten Sitzungen des geschäftsführenden GdP-Landesvorstandes fanden auch Treffen mit der Unterarbeitsgemeinschaft Innenpolitik/Polizei in der Landesarbeitsgemeinschaft Demokratie, Recht, Innere Sicherheit und Migration von Bündnis 90/Die Grünen und dem Beirat Polizei der SPD statt.

Bei fast allen Themen wurde Übereinstimmung mit den Thesen und Forderungen der Gewerkschaft der Polizei festgestellt, sei es bei der Polizeistruktur, bei Einsparungen im Beamtenbereich oder bei der Zweigeteilten Laufbahn. Lediglich bei der Kennzeichnungspflicht ver-



**Unterarbeitsgemeinschaft Innenpolitik/
Polizei, Bündnis 90/Die Grünen und geschf.
Landesvorstand**

tritt die UAG der Grünen eine zur GdP unterschiedliche Meinung.

Während die Grünen für eine nachvollziehbare Kennzeichnung sind, dies kann auch eine mehrstellige Nummer sein, ist die GdP gegen eine Kennzeichnung und der Auffassung, dass darüber in der IMK eine übereinstimmende Meinung erzielt werden soll. Die namentliche Kennzeichnung bei geschlossenen Einheiten wird von den Grünen ebenfalls nicht befürwortet.

WKi



SPD-Beirat Polizei und geschf. Landesvorstand

TERMINE

JHV der KG Böblingen

Am 3. Mai 2012 findet um 19.00 Uhr im Wolfgang-Brumme-Saal die Jahreshauptversammlung der GdP-Kreisgruppe Böblingen PD statt.

Thomas Berger, Zentralstellenleiter beim Innenministerium Baden-Württemberg, hat bereits zugesagt und wird Fragen zur geplanten Polizeistrukturreform beantworten.

Der GdP-Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner sowie der Landesessenorenvorsitzende Werner Fischer, der das Aktivprogramm für Senioren vorstellen wird, haben ebenfalls zugesagt. Zur Jahreshauptversammlung werden wir auch wieder die Landtagsabgeordneten des Kreises Böblingen einladen. Wir freuen uns über zahlreichen Besuch.

Wolfgang Kircher, Vorsitzender

Jubiläum der „Blue Knights“

Das Chapter Germany IV des Polizeimotorradclubs Blue Knights feiert am Wochenende 27. bis 29. Juli 2012 an der Akademie der Polizei in Wertheim sein 20-jähriges Vereinsjubiläum. Zu diesem familiären und gemütlichen Treffen laden wir alle zweiradbegeisterten Kollegen/-innen und Freunde recht herzlich ein. Das komplette Wochenende im Zwei-Bett-Zimmer inkl. Verpflegung kostet 85 € pro Person. Es gibt wieder einen Air-Brusher vor Ort, Live-Musik am Lagerfeuer, Willkommensgeschenk für jeden Teilnehmer, geführte Touren, Benzingespräche und vieles mehr. Der Erlös des Treffens geht wie immer an eine soziale Einrichtung und wird mit einem großen Motorrad-Korso übergeben. Nähere Infos, Anmeldung etc. über Uwe-Knoll@online.de

Die GdP gratuliert herzlich

ZUR BEFÖRDERUNG ZUM/ZUR:

Ersten Polizeihauptkommissar
Heidenheim: Lothar Schmid.
Kriminalhauptkommissar A 12
Ortenaukreis: Joachim Wiegele.
Polizeihauptkommissar
Alb-Donau/Ulm: Heiko Frey.
Böblingen PD: Julius Ulrich, Matthias Viel. Göppingen PD: Hans Peter Färber.

Polizeioberkommissar
Bodenseekreis: Roland Wilczek.
Esslingen: Dennis Hund. Rems-Murr-Kreis: Ronald Krötz, Wolfgang Wahl.

Kriminaloberkommissar/-in
Esslingen: Susanne Da Silva, Markus Wondratsch.

Polizeihauptmeister +Z
Esslingen: Holger Kiedaisch.

Polizeiobermeister/in
Waldshut-Tiengen: Uwe Frommherz.

Es traten in den RUHESTAND:
Heidelberg: Robert Schnautz.
Karlsruhe PP: Rolf Hilpp, Wolfgang Meyer. Ludwigsburg: Michael Kuhne. Rems-Murr-Kreis: Roland Schaal. Stuttgart PP: Dieter Streck. Zollernalbkreis: Johann Fritz.
(zusammengestellt v. Angelika Burckhardt)

LETZTE MELDUNG

Kindererziehungszuschlag

Es gibt neue Informationen in Sachen Kindererziehungszeiten und Mindestpension. Das OVG Koblenz hat positiv für die Beamtin entschieden und Revision beim Bundesverwaltungsgericht zugelassen. Der Vorgang liegt jetzt beim Bundesverwaltungsgericht unter dem Az 2B 109.11 beim 2. Senat. Mit einer Entscheidung ist in einem Jahr zu rechnen.

**Judith Klotzbach
GdP-Rechtsabteilung**

